

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Das Ende der Demokratie — D.e anarch. Bewegung in Italien (v L. Fabori) — Reparaturwerkstätten für Menschen — Aus der Freidenkerbewegung Der Fall Trotzki — Das Pulverfaß Von Eisner bis Leviné — Hilferuf aus Bulgarien

NR. 6

**PREIS
40 Pfg.**

JAHRGANG 3

BERLIN

MÄRZ 1929

„Volkshelil“

Kranken-Untersützungskasse der Naturheilbewegung
BERLIN NW 7 Dorotheenstr. 19

**versichert Dich
und
Deine Familie**

zu den
vorteilhaftesten Bedingungen

In dieser Kasse sind Ärzte wie
Naturheilkundige zugelassen
Prozente und Aufnahmebedin-
gungen sind anzufordern bei

W. Gerhards

Berlin N 113. Seelower Straße 12

Telephon D 4, Humbold 5901

Die neue Generation

Herausgeberin Dr. phil **Helene Stöcker**
Monatsschrift, Jahresabonnement RM. 8.—

Die Lektür der von Hel. Stöcker vorzüglich geleiteten „Neuen Generation“
sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende empfehlen und verbreiten, da diese
Zeitschrift überhaupt als einer der besten in deutscher Sprache zu werten ist.
Welt am Montag

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich ideenreichsten
Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sozialreform. Bertram Lloyd

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
sowie durch den

VERLAG DER NEUEN GENERATION
Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 3

Nummer 6

März 1929

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,36 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschläuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Das Ende der Demokratie

Wir erleben etwas Bemerkenswertes. Die eifrigsten Fürsprecher des gegenwärtig in Deutschland geltenden politischen Systems fühlen den ideologischen Boden, auf dem sie stehen, unter sich schwanken und schreien nach Abhilfe. Nicht, daß sie meinen sollten, das parlamentarisch-demokratische Verfahren der öffentlichen Verwaltung erweise sich als verbraucht und für alle fernere Dauer unbenutzbar, aber einige merken doch schon, daß die Massen, die davon beglückt werden sollen, die Art wie sie in Deutschland regiert werden nicht eben als höchsten Ausdruck von Weisheit und Gerechtigkeit empfinden. Ja, Herr Dr. Joseph Wirth, der Schulmeister der Republik mit dem knödelnden Bariton der Durchdrungenheit von kirchenfestem Staatsbewußtsein, hat bereits das für gewichtige Fälle in Oelpapier verwehrte gar strenge Wort in die Welt geräuspert: So kann es nicht weitergehen! Noch mehr, er hat mit der ihm eigenen würdevollen Festigkeit, die er bei jedem Umfall umschnallt, in „fast hoffnungsloser Traurigkeit“ diesem Lande den Faschismus prophezeit und seinen republikanischen Weggenossen von der Löbeschen und der Haasschen Couleur mit sonorem Pathos den Rat gegeben, in Zukunft ihre Rechnung ohne den Wirth zu machen, dahingegen seinem Beispiel folgend „die Grenzpfähle der Parteien neu anzustreichen, die Lattenzäune um die Parteilager zu erhöhen und — um auch dem Theoretischen nach zu genügen — die Grenzen weltanschaulich zu rechtfertigen.“ Gleichzeitig kündigt er seine Mitwirkung an etwelchen „republikanischen Gemeinschaftsorganisationen“.

Im selben Augenblick, in welchem Herr Dr. Joseph Wirth den Charakterbocksprung auf den Boden der Tatsachen vollführt, den er sich bereiten sieht und den mit katholischem Bohnerwachs staats-

männisch zu glätten er entschlossen ist, begeben sich Ereignisse, die, weitaus bedeutungsvoller als seine Entschlüsse, diese Entschlüsse als vorsorgliche Teilerscheinungen erheblicher Veränderungen in den Beziehungen der politischen und wirtschaftlichen Machtgruppen zu einander kennzeichnen und erklären. In Deutschland offenbart sich in einer Schärfe und Ausweglosigkeit wie noch nie, seit sich der parlamentarische Weimarasmus vor zehn Jahren bei uns einnistete, die Armseligkeit und Unfähigkeit der Parteischacherpolitik, der wir die gesetzlich geschützten Schönheiten unseres Staatsbürgerdaseins verdanken. Die gegenwärtige „Koalitions-Krise“ trägt nämlich im Wesen andere Merkmale als der sonst mit diesem Namen bezeichnete Krach zwischen den gleichen Brüdern mit den ungleichen Kapfen, der bei jeder neuen Jagd auf die Pfründen üblich ist; dieses Mal ist die Verlegenheit gerade daraus entstanden, daß die einzige Partei der deutschen Parlamente, die dank jahrhundertelanger ausgezeichnetster Schulung überhaupt weiß, wie politische Taktik im Dienste von Machtbestrebungen anzuwenden ist, das klerikale Zentrum, sich zum ersten Mal seit Bestehen der Republik aus deren Zentralregierung zurückzieht. Schon als vor dreiviertel Jahren die Sozialdemokraten kraft ihres „Wahlsieges“ vom 20. Mai den stolzen Beschluß verkündeten, die schwere Verantwortung nicht scheuen zu wollen — wer Augen hatte, sah, daß sie nur die eine Angst hatten, von anderen gezwungen zu werden, die Verantwortung zu scheuen —, ließ das Zentrum den tüchtigen Hermann Müller wochenlang zappeln und den „Vorwärts“ um die „große Koalition“ wimmern, bis es sich bereit fand, zwar nicht dieses Universalrezept aller deutschen Regierungswissenschaft zusammenbrauen zu lassen, aber doch wenigstens den Parteidiplomaten Herrn v. Guérard „ohne feste Bindung“ als Horchposten ins Müllersche Kämmerlein hinein zu entsenden. Der hat jetzt seine Aufgabe erfüllt. Er hat durch die fortgesetzte Drohung mit dem Austritt aus der Regierung die stärkste Regierungspartei, eben die Sozialdemokratie, zu unausgesetzt neuen Verschleuderungen ihrer früheren Grundsätze und ihrer Wahlversprechungen verführt und ihr damit die letzten noch nicht aufgeweichten Knochen ihres Ideenskeletts aus den Scharnieren gerenkt. Die Partei, die einmal Gegenstand des Sozialistengesetzes war, mußte die madigen Reste, die der „Bürgerblock“ des Marx-Keudell-Regiments im Teller gelassen hatte, auslöfeln, mußte den Panzerkreuzer A in Bau geben, mußte den reaktionärsten Etat aller Jahresaufstellungen anfertigen, mußte der Schlichtungseinrichtung, die ohnehin schon das Streikrecht der Arbeiter vernichtet, auf Verlangen der Schwerindustriellen im Ruhrgebiet, die diesem Verlangen mit Mitteln des trockenen Bürgerkrieges Nachdruck verliehen, durch Machtspruch ihres eigenen Ministers Severing die letzten dem Prole-

tariat günstigen Möglichkeiten nehmen und mußte allen noch in Vorbereitung harrenden Anschlägen des Kapitals und der Kirche auf die Denk- und Bewegungsfreiheit der werktätigen Massen die Wege nicht nur freihalten, sondern selber pflastern helfen. Jetzt, nachdem an der Sozialdemokratie gesinnungsmäßig nichts, aber schon gar nichts mehr zu ruinieren ist, nachdem ihr alle in der Zeit des Bürgerblocks dürrtzig aufgeschmierte rosa Schminke bis zum Rest heruntergekratzt ist und sie so pockennarbig und giftgelb dasteht wie die Ebert und Noske sie zugerichtet und die Severing und Hilferding sie von neuem entstellt haben, jetzt verkracht sich das Zentrum nicht etwa mit ihr — wie wird es denn? —, sondern mit der ehemals nationalliberalen Deutschen Volkspartei, die heute in ihrem Gepäck noch genau soviel Liberalismus mit sich herumträgt wie die sozialdemokratische Partei Sozialismus. Herr v. Guérard besieht sich jetzt die reizvolle Regiererei von außen, bei der Stresemann, Gröner und Curtius die äußere und innere Politik bestimmen, die die vier vom Vertrauen der deutschen Arbeiterschaft erhobenen kleinen Metallarbeiter und großen Windmacher auszuführen haben.

Der Austritt des Zentrums aus der Reichsregierung bedeutet selbstverständlich keinen Verzicht, sondern im Gegenteil die aufs äußerste verschärfte Einwirkung auf die Gesetzgebung im Staate. Die Kirchlichen kennen ihre Macht. Sie wissen sehr genau, daß ihr Einfluß, solange keine proletarische Revolution alles auslegbare Formalrecht beseitigt und an seine Stelle die tätige Durchführung erkannter Nötigkeiten setzt, wie sie selbst, wie es mit ihnen die Wirtschaftsmagnaten auch unter der „Demokratie“ tun, wie es jeder tut, der dazu die Macht hat, daß ihr Einfluß mit oder ohne Ministersitze im gegenwärtigen Deutschland schlechthin entscheidend ist. Sie sind die einzigen Politiker in dieser Republik, deren Gesamthaltung frei ist von persönlicher Eitelkeit, von opportunistischer Streberei und von kurzsichtiger Gier auf Tageserfolge. Sie sind die einzigen ernst zu nehmenden Politiker Deutschlands, weil sie alle politische Taktik auf weite Sicht dem Dienste an einer höheren Idee unterordnen. Darum sind sie auch stärker als selbst die politischen Handlanger des Industrialismus, des Grundbesitzes und des Finanzkapitals, deren unmittelbares Interesse allerdings vermöge der wirtschaftlichen Struktur der Gesellschaft in allen staatlichen Entschlüssen zunächst maßgebend ist, weil die Kirche über den Tag hinaus rechnet und ihr Geschäft nicht auf den durchschnittlichen abendlichen Kassenabschluß ausbilanziert, sondern auf die niemals versagenden Werte, die aus der Beherrschung der Geister fließen. Die Staatsform und aller äußerliche Aufputz des öffentlichen Verfahrens ist den katholischen Parteifunktionären Nebensache; ihnen ist der Absolutismus so lieb wie die radikalste Demokratie, und mit einem

Sozialismus, der ihrer Kirche materielle und ideelle Freizügigkeit einräumte, würden sie sich ebenso leicht abfinden wie mit einem militärisch gesicherten plutokratischen Regiment, das sich von ihnen segnen ließe. Man darf, wenigstens für Deutschland, ruhig die paradoxe Behauptung aufstellen: hier sind unter allen Politikern die Pfaffen die einzigen, die keine Bonzen sind. (Selbstverständlich gilt das nur für die katholischen; die evangelischen sind nichts als vernagelte Mucker, die sich einbilden, zur kulturellen Vergewaltigung des Geistes bedürfe es im Politischen der Atmosphäre des Fürsten- und des Kasernenhofs.) Es gibt nichts Törichtereres, als die Klugheit, die Weitsichtigkeit und das psychologische Verständnis der katholischen Kirchenpolitik zu unterschätzen oder mit irgend einer blöden Formel historisch einordnen und damit erledigen zu wollen. Hier waltet ein klarer bewußter Wille, hier wächst zielsicheres Handeln aus der Kraft einer kompromißlosen und unkompromittierten Gesinnung, — hier ist der gefährlichste Feind!

Niemand kann im neuen Deutschland ohne, geschweige gegen das Zentrum regieren. Jeder, der regieren will, muß erst beim Zentrum um Erlaubnis bitten und dessen Bedingungen entgegennehmen. Da die Bourgeoisie vor zehn Jahren der Sozialdemokratie für die Preisgabe des Sozialismus und für die Erwürgung der Revolution den kümmerlichen Brocken der parlamentarischen Demokratie hinwarf nebst der Aussicht auf Geheimratsposten für ihre Prominenten, betrieb die Kirche ihre Bestrebungen auf parlamentarisch-demokratische Art. Sie fuhr nicht schlecht dabei. Die äußere Ausstattung aller politischen Betätigung wurde den jeweils vorherrschenden Stimmungen angepaßt. Die Weimarer Verfassung wurde mit allem freigeistig schillernden Wortschmuck geschluckt, nachdem ein paar redaktionelle Kleinigkeiten eingemengt waren, die das Warten auf bessere Tage — die bewährteste Kunst der Klerikalen — prächtig anschlagen ließen. Wer von den gescheiterten Artikelbastlern hätte daran gedacht, daß ihr schöner Artikel 118 zum Beispiel etwas anderes bedeuten könnte, als die Garantie des Rechtes für jeden Deutschen, „seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern“? Daß man dazwischen schrieb „innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze“, konnte doch keine Falle sein? Nun, die allgemeinen Gesetze waren ja nicht gleichzeitig für unabänderlich erklärt, und ihre Schranken sind im Laufe der Jahre so viel enger geworden, daß die Frömmigkeit des Landes keine Angst mehr vor den Meinungen der Gottlosigkeit zu haben braucht. Die Kirche hat, bald mit den Sozialdemokraten, bald mit den Deutschnationalen im Bunde, erstaunliche Erfolge erzielt. Sie hat ein Jugendschutzgesetz bekommen und ein Schund- und Schmutzgesetz, das keine freie künstlerische Kultur mehr möglich

macht. Sie hat der schon in der Verfassung vorgesehenen Filmzensur eine Funkzensur angegliedert, durch die gänzlich verhindert ist, daß mit diesen Mitteln der Flügel eines von Gottes Engeln auch nur von einem Hauch der Ungläubigkeit bestaubt wird. Sie hat die Steuer-gesetzgebung in der Weise beeinflußt, daß alle Kirchnaustritte ihr finanziell kaum wehe tun, da der Ausfall aus Staatsmitteln, also doch wieder vom Gelde der Ausgetretenen gedeckt wird, man sehe sich doch die allmähliche Steigerung der Staatszuschüsse an die Kirche an. Sie hat von der Justiz eine Auslegung der Unsittlichkeits- und Gotteslästerungsbestimmungen des Strafgesetzbuchs erwirkt, die, verbunden mit der Handhabung der politischen Strafparagrafen, keinen schätzbaren Rest übrig läßt von dem liberalen Geist, mit dem immerhin der arglose Preuß seinen Verfassungsentwurf zu imprägnieren hoffte. Schulgesetz und Konkordat stehen bevor — und nun läßt das Zentrum die Vertreter des Industriekapitals und des Kleinbürgerproletariats mit ihren demokratischen Kenntnissen allein und begnügt sich nicht etwa mit der Rolle des Beobachters, sondern treibt offene Sabotagepolitik gegen die demokratischen Methoden. Die Entlarvung der Sozialdemokraten durch das Zentrum bei der Abstimmung über die Erwerbslosenfürsorge hatte anderes Kaliber als die alltäglichen Entlarvungsscherze der Kommunisten, die rein demonstrativ weitgehende Anträge stellen und nach deren Ablehnung ein wüstes Lamento anstimmen. Den Sozialdemokraten war gestattet worden, hin und wieder einen Antrag einzureichen, der mit dem Hilferdingschen Etat zwar nicht vereinbar wäre, aber den Wählern der Herren Freude machen könnte. Die übrigen Regierungsparteien überstimmten den Antrag und der gute Eindruck war gerettet. So durften die Müllersleute ein paar Krisenanträge starten, um ihren sozialen Willen zu zeigen. Inzwischen war aber der pfiffige Prälat Kaas Führer der Zentrumsfraktion und Herr v. Guérard Exminister geworden. Dadurch war das Zentrum in seinen Entschlüssen frei. Es erklärte im Ausschuß, für die sozialdemokratischen Anträge stimmen zu wollen; die wären dadurch angenommen worden, was die ganze schöne Koalition gesprengt hätte. Daher zogen die Antragsteller ihre Erwerbslosenfreundlichkeit rasch zurück, und als im Plenum die Kommunisten dieselben Anträge wieder einbrachten, stimmten die Klerikalen dafür, die Verfasser der Anträge, die Sozialdemokraten selber, aber dagegen. Die Ministerstühle sind ihnen, wie sie damit zugegeben haben, wichtiger als die Hilfe für die Notleidenden. Dieser Witz des Zentrums war ein Meisterschuß ins Herz des ganzen parlamentarisch-demokratischen Systems, um das der Gesinnungsvorturner der Partei — und das gehört mit zur ganzen Aktion —, Herr Dr. Joseph Wirth jetzt so beweglich weint, daß er schon den Faschismus im Anmarsch sieht

und als einzige Rettung die Trennung von den demokratischen Weggenossen empfiehlt.

Das kluge Zentrum sieht, daß die Demokratie am Ende ist und weiß, daß es am richtigsten ist, das was fällt zu stoßen. Darum geht es zunächst einmal zur Seite und wartet ab, was sich gestalten will. Vielleicht wird noch einmal nach der alten Routine weitergewurstelt. Je nachdem, wie ein paar gewerbsmäßige politische Giftmischer, die ihren Lebensunterhalt daraus ziehen, daß sie bei jeder Zusammenschusterung eines Gesetzes statt sachlicher Gedanken Vereinsvorteile zur Geltung bringen, hinter der Tapete ihren Handel schließen, werden die Aemter verteilt. Die Rechtspflege des Landes wird nicht dem Tüchtigsten oder gar dem Gerechtesten übergeben, sondern dem Vertreter der Partei, die nun einmal den Anspruch auf mindestens drei Sitze macht und der man wegen der Empfindlichkeit der Konkurrenz leider nicht die Leitung der Wirtschaft anbieten konnte. Sie wollen die Finanzen, lieber Herr? Ach, möchten Sie sich nicht mit dem Verkehr begnügen? — So sieht die parlamentarische Demokratie aus, ein groteskes Zahlenrechnungs- und Schiebispiel, aber was bei all der gemeinen Postenverkümmelung herauskommt, das wird als Ausdruck des wahren Volkswillens angepriesen, und die Sozialdemokraten trompeten am lautesten, daß wir jetzt gottseidank einen freien Volksstaat haben, in dem das mündige Volk sich selbst regiert. — Möglich, daß es so noch eine kurze Zeit weiter geht und daß auch das Zentrum noch einmal als Sozium in die Firma mit eintritt. Nötig hat es es nicht, da die anderen, die Stresse- wie die Scheidemänner, vor den ihnen nicht verpflichteten Frommen noch mehr krumme Buckel machen als wenn sie koalitiert wären. Das Schulgesetz fällt so aus, wie Rom es haben will, im Konkordat wird der Papst der Sieger sein, und das Strafgesetzbuch, der ungeheuerlichste Angriff gegen das deutsche Proletariat, der je gewagt worden ist, wird eine vernichtende Zwingburg der Freiheit im Denken und Handeln sein, ob das Zentrum von innen zieht oder von außen schiebt.

Herr Kaas klopft der verendenden Demokratie den Sarg zurecht und Herr Wirth tutet ihr auf der Maultrommel den Abgesang. Dabei flötet er mit geschmerztem Augenaufschlag etwas von Faschismus. Und siehe, während in der deutschen Republik der Katholizismus von der parlamentarischen Demokratie leise weinend Abschied nimmt und durch die milde Trauerträne hindurch schon dem nahenden Faschismus entgegenwinkert, vollzieht sich in Rom bereits die Verbrüderung der beiden Mächte, die die Sieger waren über die Revolutionen Europas: Kirche und Faschismus. Der Vatikan ist wieder weltliche Macht geworden; Papst Pius XI. hat einen ungeheuren Erfolg errungen, Arm in Arm mit Mussolini triumphiert er

über dem zertrümmerten Werk Garibaldi's. Und der Papst weiß gut, welcher besonderen Eigenschaft des Faschismus er den gewaltigsten Sieg zu danken hat, den seit den Tagen der Aufklärung die Kirche über eine Staatsmacht gewonnen hat. Es ist sein völliger Mangel an Ehrfurcht vor der Persönlichkeit, sein finsterner Machtdünkel und sein Anspruch auf blinden und kritiklosen Gehorsam gegen die Obrigkeit. Mussolini, der abenteuernde Renegat, der durch Blut und Tücke über den Gräbern derer zur Macht geklommen ist, die ihm Lehrer waren und Kameradschaft erwiesen, hat das christliche Kreuz und das Rutenbündel der elendesten Diktatur, die die Menschengeschichte kennt, an einander geknüpft, darum lobte ihn Pius XI. als „den Mann, der nicht die Voreingenommenheiten der liberalen Schule besaß“. Die Kirche hat mit dem italienischen Staat ihren endgültigen Frieden gemacht und zwar mit dem faschistischen Staat. Die Politik des Prälaten Kaas, begleitet von der Schamade des Magisters Wirth, bereitet rechtzeitig den Frieden vor, den die Kirche in Deutschland, die das Ende der Demokratie nahe fühlt, mit dem faschistischen Staat zu schließen gedenkt. Unsere Demokraten aber merken noch immer nichts.

Die Demokratie liegt im Sterben, in Deutschland wie überall in der Welt. Sie hat auch keine Lebensberechtigung mehr; denn die Wirtschaftsperiode des individualistischen Kapitalismus, des Manchesterturns, dessen politische Ausdrucksform die parlamentarische Demokratie war, ist schon so gut wie tot. An die Stelle des individuell konkurrierenden Privatkapitals — Rudolf Rocker hat das auf dem Neuköllner Kongreß glänzend entwickelt — tritt das vertrustete, das Kollektivkapital. Der politische Ausdruck des Kollektivkapitalismus aber ist der Faschismus, die organisatorische Gestalt der Entrechtung und Verknechtung des arbeitenden Menschen unter das Gebot des nackten Ausbeuterinteresses der diktatorisch herrschenden Wirtschaftsmächte. Die Vorbereitungen der deutschen Großindustrie, die verbunden mit dem Großgrundbesitz und mit den nationalistischen Wehrverbänden, drauf und dran ist, die Demokratie zu stürzen, liegen vor aller Augen. Unsere ewig unbesorgten Bürger und Kleinbürger machen sich nichts daraus; wir haben ja unseren Severing, unseren Grzesinski, unseren Zörgiebel, lauter Genossen wie unser Hermann Müller und unser Otto Braun. Aber schon hat der Müller seinen Guérard nicht mehr, und schon erhöht der Wirth die Lattenzäune um sein Parteilager, um dessen Grenzen weltanschaulich zu rechtfertigen. Es dürfte an der Zeit sein, daß auch der revolutionäre Teil der Arbeiterschaft sich mit der Frage beschäftigte, was es zu tun hat, wenn das Ende der Demokratie sich krachend in Erscheinung setzt. Es wird an ihr liegen, ob die Nachfolge wirklich vom Faschismus angetreten werden muß. Demokratie heißt Volksherr-

schaft, Herrschaft der Gesamtheit also, und die Herrschaft der Gesamtheit über sich selbst wäre keine Herrschaft mehr. Was sich heute Demokratie nennt, diese in Unfähigkeit und Streberei, in Bonzenintrigen und Rivalitätsstunk kläglich verendende reaktionäre Diktatur der Mittelmäßigkeit und der Passivität, hat nichts mit Selbstbestimmung der Gesamtheit zu schaffen und kann nur noch tiefer in den Sumpf, aber niemals zum Fortschritt, am allerwenigsten zum Sozialismus führen. Denn der Weg zum Sozialismus geht nicht über die Demokratie, sondern der Weg zur wahren und reinen Demokratie, die wir Anarchie nennen, geht über den Sozialismus, und das Mittel, um zum Sozialismus zu gelangen, ist die proletarische Revolution.

Die anarchistische Bewegung in Italien

(Bemerkungen zu Sebastian Faures „Anarchistischer Synthese“.)

Sebastian Faure beruft sich auf mich, ich hätte ihm erzählt, daß die Verwirklichung dessen, was er „Anarchistische Synthese“ nennt, bei uns in Italien mit der „Anarchistischen Union“ versucht worden sei. Tatsächlich habe ich ihm etwas ähnliches gesagt, aber, um Irrtümer zu vermeiden, muß ich mich deutlicher erklären.

In Italien bestehen zwischen den anarchistischen Gruppen, die Faure als syndikalistische, kommunistische und individualistische bezeichnet, gar keine tiefgehenden Spaltungen. Eine wirkliche Trennung gab und gibt es allerdings noch zwischen den Anarchisten, die Anhänger einer Organisation sind und denen, die sie ablehnen. Die einen befürworten eine anarchistische Vereinigung, organisch aufgebaut, auf Dauer eingerichtet und mit dem Bestreben, sich auszudehnen; die andern bekämpfen oder verneinen jede Organisation und lassen höchstens lokale Gruppen zu, ohne Verbindung untereinander und nur vorübergehend für bestimmte Gelegenheiten geschaffen. Doch war allen Anarchisten die kommunistische Auffassung gemeinsam. Syndikalisten nannten sich diejenigen, welche sich praktisch in der syndikalistischen Arbeiterbewegung betätigten, sonst bestanden zwischen ihnen und den andern nur in nebensächlichen Fragen kleine Verschiedenheiten. Alle gehörten zur Italienischen Anarchistischen Union, und auf deren Kongressen war in den Diskussionen zwischen diesen und jenen kaum ein Unterschied der Denkweise und der geistigen Richtung zu bemerken.

Die Gegner jeder anarchistischen Organisation, die selber zum größten Teil kommunistische Anarchisten und nur in einer kleinen Minderheit Individualisten waren, standen natürlich außerhalb der Anarchistischen Union; aber wenn es sich um gemeinsame Tat handelte, gingen viele von

ihnen mit den organisierten Anarchisten zusammen. So ging die von Malatesta herausgegebene Tageszeitung „Umanita nova“ aus den gemeinsamen Anstrengungen beider Richtungen hervor, und ebenso war es mit der Zeitschrift „Fédéré“. Dabei entwickelte jedoch die Italienische Anarchistische Union noch genügend Aktivität aus eigener Kraft, und es gab Zeitschriften, die ausschließlich für ihren Kreis bestimmt waren. Die anarchistischen Organisationsgegner hielten sich von diesem Kreis vollständig fern, nahmen nicht an den Kongressen teil und gaben eigene Organe heraus.

Die Anarchistische Union Italiens umfaßt alle diejenigen Anarchisten, welche sich zum organisierten Kampf gegen den Kapitalismus und gegen den Staat zusammenschließen wollen mit dem Ziel der Revolution, deren Sinn die persönliche und gesellschaftliche Befreiung der Klasse wie der Menschheit ist, und die die Gleichheit und die Freiheit für alle auf der Grundlage der gegenseitigen Hilfe und der freiwilligen Vereinigung der Kräfte verwirklichen wird. Ihr von Errico Malatesta verfaßtes Programm enthält alle grundsätzlichen Gedanken des Anarchismus, die S. Faure kommunistisch, syndikalistisch und individualistisch nennt, ohne aber einen dieser Begriffe anzuwenden. Es enthält die Darlegung der Ideen einer vollkommenen Anarchie, wie sie S. Faure in seiner Synthese vereinigt, und spricht aus, was die verbundenen Anarchisten wollen und planen, ohne jedoch theoretische Sonderbezeichnungen anzuwenden, außer dem Wort „anarchistisch“. So kann sich jemand der Italienischen Anarchistischen Union anschließen, ganz gleich, ob er dieses Programm anerkennt und kann sich nachträglich mit den andern Genossen über die Formen und inneren Angelegenheiten der Organisation verständigen, sowohl in den Gruppen als auf den Kongressen.

Diese Organisationsart scheint mir die geeignetste, um eine möglichst große Zahl Anarchisten in sich zu vereinigen. Sie alle zu vereinigen, das freilich wird wohl niemals möglich sein.

Jedenfalls zeigt sich die Notwendigkeit, das Problem des Zusammenschlusses zu lösen, nicht nur zwischen den Anarchisten, die schon irgend-einer Organisation angehören, sondern auch zwischen ihnen und den Mitgliedern anderer anarchistischer Organisationen oder Gruppen und den gar nicht organisierten Anarchisten aller anarchistischer Richtungen. Man soll nicht so tun, als ob dieses Problem dadurch gelöst werden könnte, daß man einfach eine neue Organisation gründet. Es kann nur gelöst werden auf der Grundlage gegenseitiger Verständigung und Duldsamkeit, auf der Grundlage einer Überzeugung, die jedem einzelnen das Recht läßt, sich auf seine Weise mit Gleichgesinnten zu verbinden oder auch sich überhaupt nicht zu organisieren; dadurch wird es durchaus nicht unmöglich, daß zwischen den einen und den andern die herzlichsten und freundschaftlichsten Beziehungen bestehen, und niemand wird dabei für sich oder seine Richtung die Unfehlbarkeit oder das Monopol für den Anarchismus in Anspruch nehmen können.

Ich will diese Anmerkungen zu der „Synthese“ von S. Faure nicht beenden, ohne zu betonen, daß mit ihnen weder eine Kritik noch eine Ablehnung der Ideen unseres unermüdblichen französischen Kameraden beabsichtigt ist, mit dem ich im Gegenteil fast ganz einer Meinung bin; sie sollen vielmehr eine Ergänzung seiner Arbeit sein, sollen verschiedene Punkte in ein noch klareres Licht rücken und somit als ein Beitrag zu seiner Propaganda aufgefaßt werden, ein Beitrag, dazu bestimmt, ihre Wirksamkeit zu verstärken, nicht etwa sie abzuschwächen.

Luigi Fabbri.

Reparaturwerkstätten für Menschen

Hört man die Betreuer der staatlichen Anstalten von den Erfolgen ihrer Tätigkeit berichten, dann kann man mit 100 Prozent Gewißheit darauf rechnen, daß sie mit sich selber außerordentlich zufrieden sind. Kommt dann jemand daher, der den Apparat als Objekt seiner Wirksamkeit in allernächster Nähe genossen hat und klagt über Mißstände, bürokratische Grausamkeit oder Verständnislosigkeit bei der Behandlung von Mitmenschen, so sehen wir diejenigen, die die Beschwerden am meisten angehen, weil sie für die fraglichen Zustände verantwortlich sind, mit leidender Miene die Hände auf die Stuhllehne schlagen und ob soviel Undanks die Augen nach oben drehen. Wer aber, ohne sogar selbst von der staatlichen Güte zwischen die Zange genommen zu sein, die Qualen schildert, die andre davon auszustehen haben, andre, die sich ihm anvertraut, ihn um Hilfe angerufen haben, — das muß schon ein recht gemeiner Kerl sein.

Lampel hat in seinem Buch und in seinem Theaterstück an der Hand reichen dokumentarischen Materials Einblick gegeben in die trostlosen Verhältnisse, unter denen die Opfer der sogenannten Fürsorgeerziehung leiden. Die Jungen selbst — leider keine Mädchen — berichten in seinem Buch „Jungen in Not“ von dem, was sie in den Anstalten haben durchmachen müssen (vgl. FANAL Nr. 4). In dem Drama „Revolté im Erziehungshaus“ wird ein von mehreren Jungen mitgeteilter Vorgang bühnenmäßig dargestellt. Jeder, der ein wenig Gefühl hat mit diesen Dingen, weiß, daß hier tatsächlich Geschehenes aus der längst aufgelösten Anstalt in Berlinchen vorgeführt wird, weiß auch, daß die Seelennot der Fürsorgezöglinge, die dort einmal zum gewaltsamen Durchbruch kam, im System begründet liegt und in jeder Anstalt aus anderen Bedingungen, bei jedem Zögling aus andern Veranlagungen heraufquillt. Die innere Wahrheit der Lampelschen Anklagen ist gar nicht wegzustreiten und die Wirkung beider Werke auf ein im Innersten betroffenes und erschüttertes Publikum, das nun schon monatelang Abend für Abend das Theater füllt, kommt nicht von ungefähr. Was aber tun die Sozialdemokraten, die in und um Berlin die Fürsorgebezirke stellen und also keine andere Wahrheit gelten lassen können, als die, daß unser süßer Gegenwartsstaat bereits der Zukunftsstaat sei, der nur noch hier und da der Entfernung schwarz-weiß-roter Flecken und der schwarz-rot-goldenen Politur bedarf? Sie besehen sich nicht etwa die Jammerheime einer von Geburt her mißhandelten Jugend, sondern den Mann, der es gewagt hat, eine Laterne hinein zu hängen.

Es kann vollständig gleichgültig lassen, was von dem im Vorwärts und von der Stadtverordneten Frau Todenhagen herangeschleppten Personalakt Lampels auf Wahrheit beruht und was nicht. Jedenfalls ist es eine Neuerung in der öffentlichen Auseinandersetzung, daß ärztliche Gutachten über psychische Störungen, die die Folgen eines im Kriege erhaltenen Kopfschusses waren, von einer Parlaments-Tribüne herunter vorgelesen werden, um den Menschen verächtlich zu machen, der eine sozialdemokratisch gebilligte und verantwortete Menschen-Reparaturwerkstätte zu bemängeln wagt. Die Frage ging und geht nicht um Peter Lampel, sondern um die Erziehungshäuser, und wenn der von Frau Todenhagen begeisterte Dichter im gleichen Maße Lob verdienen sollte, wie die von ihr gerühmten Erziehungseinrichtungen Tadel verdienen, dann muß er ein ausgezeichnete Mensch sein. Es gibt Leute, denen der Ekel in den Hals steigt, wenn man Uebelstände, an denen man Schuld trägt, dadurch zu entlasten sucht, daß man diejenigen, die sie beim Namen nennen und sogar diejenigen, die ihre Opfer sind, mit Dreck bewirft. Denn der Vorwärts und die Dame im Rathaus erklären einfach, daß Lampel verrückt ist und daß die Jungen lügen.

Am 15. Februar veranstalteten unsere Genossen in Magdeburg einen Vagabunden-Abend, bei dem ich die Ansprache an die armen Penner aus dem Obdachlosen-Asyl hielt, die sich in dem überfüllten Saal drängten, um einmal nicht zwischen der Türspalte abgefertigte Bettler, sondern Brüder unter Brüdern, Genossen unter Genossen sein zu dürfen. Sie wurden aufgefordert, aus ihrem Schicksal zu erzählen, und da traten sie nacheinander vor und erzählten, teils unbeholfen, teils auch sehr redigiert, wie es ihnen gegangen ist und wie sie in der Welt herumgestoßen werden ohne Arbeit, ohne Liebe, ohne Gemeinschaft mit den Menschen, die ein Dach über dem Kopfe haben, leider sogar mißachtet von Proletariern, selbst von solchen, die auf die Revolution hoffen. Drei von ihnen sprachen fast nur von den schrecklichen Jahren, die sie in Fürsorgeanstalten zubringen mußten. Was da für Haß gezüchtet wird, davon macht sich Madam Todenhagen allerdings keine Vorstellung, denn sie sitzt fröhlich in Berlin und hat sozialdemokratische Sonne im Herzen und damit erwärmt sie aus möglichst weiter Entfernung die frierenden Gemüter derer, mit denen sie sich nicht einmal in der Volksküche an einen Tisch setzen würde. Alles, was in den von Lampel gesammelten Briefen der Jungen steht, wurde da bestätigt und vielfach überboten, und das waren keine bestellten Berichte; da stellten sich Menschen hin, die weder uns, noch die wir kannten, Leute, die nichts von der Existenz Lampels und seiner Bücher wissen, und die mit keinem Wort, von keiner Seite, beeinflußt waren, was sie sagen sollten. Man beweist nichts zugunsten Cammins, wenn man Struveshof verteidigt, aber die Gesichter und die ausgemergelten Körper der ehemaligen Fürsorgezöglinge beweisen noch mehr als ihre Berichte, daß die, um deren Leben es geht, beim Wort „Erziehungshaus“ an ihr Cammin und nicht an Frau Todenhagens Struveshof denken. Unsereiner aber denkt an den kränklichen armen Teufel mit seinem gallig gewordenen Mutterwitz, der von seinen Erlebnissen berichtete und den Abschluß eines Tages schilderte: „Und wenn wir dann zu Bett gingen, dann heulten wir, weil uns der Bauch von Hunger und der Arsch von Kelle wehtat.“ Lumpenproletarier! Wir haben sie froh gemacht, denn wir haben ihnen nicht vom lieben Gott erzählt, sondern von der Revolution und von einer Gesellschaft, die keine „Arbeitsscheue“ mehr kennen wird, und zum Schluß war es so warm geworden in diesen Verstoßenen, an denen sich sogar noch das kommunistische Manifest versündigt, daß sie die Stühle wegräumten und

tanzten und lachten und sangen, — die aus den Fürsorgeanstalten, aus den Gefängnissen, den Zuchthäusern, den „Winden“, diesen Schandverließen, die man Arbeitshäuser nennt, und die von der Landstraße und dem Asyl mit den Tippelschicksen und den armen Frauen von der Straße, und sie alle vergaßen in dem Gefühl, einmal sich selber zu gehören und nicht von Wohltätigkeit, sondern von Kameradschaft umgeben zu sein, die verdammten Reparaturwerkstätten für Menschen, die sie die Fröhlichkeit schon lange nicht mehr kennen ließen.

Der ängstliche Eifer, mit dem die mit der Oberaufsicht beauftragten öffentlichen Aemter allen Beschwerden über Rückständigkeit und Einsichtslosigkeit immer ihre moderne Humanität entgegenstellen, muß gegenüber allen wohlgemeinten Bestrebungen zur Erleichterung des Loses derer, denen die Verfügung über ihre Person von Staats wegen entzogen ist, sehr mißtrauisch machen. Wir hören nachgerade zum Beispiel von der Modernisierung des Strafvollzuges in den preußischen Gefängnissen und Zuchthäusern mehr und Rühmlicheres, als nach der eigenen Auffassung der Insassen dieser Anstalten gerechtfertigt erscheint. Dabei sei willig zugeben, daß einzelne höhere und auch untere Beamte sehr gern außer dem Staatsverlangen, seine Autorität durchzusetzen und den Reichtum gegen den Anspruch der Armut zu schützen, auch dem Bedürfnis der Gefangenen, Leben und Gesundheit zu bewahren und Geist und Seele heil zu erhalten, nach bester Möglichkeit gerecht werden möchten. Ich weiß — und es wäre so dumm wie schände, es abzuleugnen, daß der Präsident des Strafvollzugsamtes für Berlin-Brandenburg, Dr. Finkelnburg, sich die größte Mühe gibt, die Gefangenen als unglückliche Menschen zu betrachten und zu behandeln. Aber es ist hier wie überall, der Apparat ist stärker als der gute Wille; der Apparat aber ist der Staat, und der Staat dient andern Zwecken als denen der Humanität. Ihn interessiert der Wagen des Kapitalismus, dem er die Zügel führen muß, nicht der Ueberfahrene, der unter den Rädern liegt. Wenn der sich viel muckt, könnte die ganze Fuhre entgleisen und umkippen. Zudem läßt sich moderner Geist überhaupt nicht in Verhältnisse verpflanzen, deren gesamter Boden Wüste ist. Von den Sonnenburger Durchstechereien soll hier gar nicht geredet werden. Die haben mit dem Strafvollzug nichts zu tun und sind nur Symptom dafür, daß der Staat seine Beamten so besoldet, daß sie auf verbotenen Nebenverdienst ausgehen müssen, was uns als Anarchisten in jedem Betracht egal sein kann; im übrigen warf der Prozeß nur ein lehrreiches Licht auf die skandalöse Praxis des Staates, die Gefangenen zugunsten bevorzugter Firmen als Lohndrücker zum Schaden der Proletarier in den Betrieben zu verwenden. Herr Dr. Schmidt, Justizminister in Preußen, hat im Hauptausschuß des Landtags erklärt, daß der Vertrag mit der Heeresverwaltung über die Verwertung von Altmaterial gekündigt worden sei. Zum Glück konnte er versichern, daß der Justizverwaltung bei der Sache kein Schaden entstanden ist. Das ist ein großer Trost für die Gefangenen, die sonst womöglich, wenn sie nach Jahren tollster Ausbeutung den heißen Ort verlassen dürfen, noch weniger als die 30 oder 40 Mk. Arbeitslohn kriegen würden, die sie sich ratenweise von der Polizei abholen müssen.

Herr Dr. Schmidt hat bei der Gelegenheit auch wieder allerlei von den neuen Grundsätzen des Strafvollzugs verlauten lassen, die durch „gerechte und humane Behandlung“ gekennzeichnet seien. Daß er den Strafvollzug in Stufen, diese zu Streberei, Korruption und Demunziation erziehende Sonderbestrafung aufrechter Charaktere, nicht nur erhalten, sondern noch krasser entwickeln will, indem eine Absonderung der verschiedenen Gefangenenkategorien voneinander erfolgen soll, sei nur nebenbei erwähnt.

Wie sich das angekündigte Institut für „kriminalbiologische Forschung“ als „wichtiges Hilfsmittel für den Strafvollzug“ auswirken soll, ist noch nicht recht erkennbar. Ein Institut für die Erforschung der Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Wirtschaft einerseits und Biologie und Kriminalität andererseits könnte bei geeigneter Nutzenanwendung durch das Proletariat den ganzen Strafvollzug entbehrlich machen.

Aber Herr Dr. Schmidt legt, wie er wissen läßt, „besonderes Gewicht auf die ärztliche Fürsorge für die Gefangenen“. Das ist löblich und wird manchen Gefangenen trösten, der bisher von dieser Fürsorge wenig gemerkt hat. Manchen wird es auch nicht mehr trösten, der dank der bisher genossenen ärztlichen Fürsorge in den Zuchthäusern bereits für ewig amnestiert ist; manchen auch wird es dünken, daß ärztliche Fürsorge nötig gewesen wäre, bevor er unheilbar zum Krüppel und Todgeweihten gemacht war.

Vor einigen Tagen empfing ich den Besuch von drei Männern und einem Hund. Einer der Männer und der Hund hatten noch ihr Augenlicht. Der sehende Mann war unheilbar tuberkulös und der Hund fungierte mit ihm als Führer der beiden Blinden. Vielleicht interessiert Herrn Minister Schmidt das Schicksal meiner Gäste. Sie haben sich nämlich alle drei ihre schreckliche und durch keine nachträgliche ärztliche Fürsorge mehr zu reparierende Vernichtung in den Zuchthäusern geholt, die der preußischen Justizverwaltung unterstellt sind. Ich verweise den Herrn Minister auf den „Syndikalist“, Jahrg. XI, Nr. 1, 6, 7 und 8, wo er die drei Fälle genau behandelt finden kann. Er wird erkennen, daß in allen diesen Fällen aus gesund in die Anstalt eingelieferten Menschen durch falsche und mangelhafte Behandlung und besonders durch den Unfehlbarkeitsdünkel der Gefängnisärzte unrettbare Krüppel gemacht worden sind. Es fehlte an aller Sauberkeit, an aller Sorgfalt bei der Diagnose, an allem persönlichen Interesse der Aerzte. Es waren ja nur „Verbrecher“, und die Zeit eines Anstaltsarztes ist zu kostbar, als daß er wegen solcher Patienten große Umstände machen sollte. Ich habe den Fall August Hagemeister zu nahe mit erlebt, um nicht genau zu wissen, von welcher Sinnesart gewisse Mediziner bewegt werden und wie die ganze Atmosphäre des Kerkers dazu beiträgt, aus dem Arzt ein einfaches Strafvollstreckungs-Organ zu machen, der wie in Niederschönenfeld der Dr. Steindl es selbst zugab, in erster Reihe Beamter und erst dann Arzt ist. Sollte sich der Minister oder der Strafvollzugspräsident die genannten Nummern des „Syndikalist“ nicht besorgen wollen, so stelle ich anheim, bei mir anzufragen. Ich werde dann Auskünfte erteilen, welche nur immer verlangt werden, über Namen und Anstalten und auch darüber, wie die „Fürsorge“ beschaffen ist, die der Staat seinen Opfern in ihrer Krankheit und in ihrer Blindheit zuteil werden läßt.

Gern stehe ich der hohen Behörde noch zur Angabe weiterer Fälle zur Verfügung, aus denen ersichtlich ist, daß der zu Zuchthaus Verurteilte mit Leben und Arbeitskraft völlig verfallen ist und keine Möglichkeit hat, den Schaden, den ein Arzt ihm zufügt, zu verhindern. In einem der genannten Fälle hat der Patient viel klarer erkannt, was ihm fehlt und welche Behandlung nötig war, als der Arzt. Es nützte ihm nichts. Auf seine Anträge und Beschwerden, deren Berechtigung ihm jetzt jede Stunde seines Lebens in der „Freiheit“ bestätigt, schrieb ihm das zuständige Strafvollzugsamt den typischen Satz: „Sie haben offenbar die Neigung, Ihre körperlichen Beschwerden stark zu übertreiben, dazu kommt ein tatsächlich völlig unbegründetes Mißtrauen gegen den Arzt. Sie täten besser, dem Arzt Vertrauen zu schenken und vor allem einzusehen, daß er vor Ihnen die Sachkunde voraus hat, die zum Erkennen und Behandeln von Krankheiten notwendig ist. Ihrer Untersuchung durch Fachärzte bedarf es nicht, Ihren

dahingehenden Antrag lehne ich ab.“ So! Es ist ja nur die Krankheit eines Laien, noch dazu eines Gefangenen. Der Arzt aber hat studiert, und der Strafvollzugsbeamte pocht auf die Autorität.

Wünschen Sie weitere Fälle, Herr Minister? Für heute nur eine Frage: Was beabsichtigen Sie im Falle des Strafgefangenen W. W. in Brandenburg zu tun, der ebenfalls infolge falscher und nachlässiger ärztlicher Behandlung durch Gefängnisärzte kaput gemacht ist? Der Mann hat in der Gefangenschaft eine Tabes erworben. Der Arzt, der ihn jetzt behandelt, ebenso auch der Anstaltsdirektor hält ihn für haftunfähig. Der Staatsanwalt hingegen, der die Haftunterbrechung bewilligen müßte, verschleppt die Angelegenheit. Der Staatsanwalt, Herr Minister, ist Ihr Untergebener. Sie können ihm einfach die Anweisung geben, die Entlassung zu verfügen. Wünschen Sie, daß ich Ihnen die näheren Daten zu dem Falle mitteile? Nicht nur in diesem Falle, — gern.

Der Minister hat dem Landtagsausschuß auch versprochen, er werde einige veraltete Anstalten auflösen, sobald das neue Zuchthaus in Brandenburg fertig sei. Ich habe vor kurzem in einer Versammlung der Liga für Menschenrechte aufmerksam gemacht auf die haarsträubenden baulichen Verhältnisse im Zuchthaus Luckau. Das Schlafhaus dieser Anstalt ist so gut wie unheizbar. Ich habe daher öffentlich und in Gegenwart hoher Justizbeamter verlangt, daß noch vor Eintritt der Winterkälte dieser unmögliche mittelalterliche Kerker geschlossen werden müsse. Aber nein! Man hat in dem Käfig, der nur aus Stein und Eisen besteht, und in dem die Oefen außen am Gang stehen und nicht viel mehr als Attrappen sind, Menschen bei — 30 Grad schlafen lassen. Hier ist rechtzeitig aufmerksam gemacht worden. Der Minister muß davon erfahren haben; aber er hat für die Insassen der Eishölle nur die Vertröstung: Wir bauen Euch einen schönen, neuen, humanen und gerechten Käfig. Wer hier drinnen inzwischen nicht verreckt, wird ja sehen, wie gut wir es mit Eurer Gesundheit meinen. Dort in der neuen Brandenburger Anstalt kriegt Ihr sogar einen Arzt, der dann ganz allein für Euch zwölf- bis fünfzehnhundert Gefangene da sein wird. In Luckau hat man es nämlich trotz aller baulichen Vorbedingungen, daß dort ein Arzt hinreichend beschäftigt werden könnte, noch nicht zu einem eigenen Anstaltsarzt gebracht. Die ärztliche Fürsorge, auf die Dr. Schmidt ein so großes Gewicht legt, muß in Luckau ein Privatarzt neben seiner Praxis erledigen. Na, aber ein eigener Geistlicher ist da; der bezieht dafür, daß er, was ja bei den hygienischen Verhältnissen des Zuchthauses nah liegt, die Gefangenen auf ein vorzeitiges Ende ihrer Leiden vorbereitet, ein Gehalt, mit dem zwei Aerzte zufrieden wären. Dies nur andeutungsweise für jetzt. Ich werde nach und nach mit weiteren Einzelheiten aus der Luckauer Menschen-Reparaturwerkstätte aufwarten.

Endlich noch eine bescheidene Anfrage. Wie geht das eigentlich zu, daß die politischen Gefangenen, deren Strafe durch die Amnestie nur in Gefängnis umgewandelt worden ist, es dort schlechter haben, als vorher im Zuchthaus? Der Gen. Josef Müller zum Beispiel sitzt jetzt in Plötzensee, wo auch Herr Klapproth von seinen Fememorden Rast hält. Müller hatte im Zuchthaus Sonnenburg alle Vergünstigungen der übrigen politischen Gefangenen. Da aber in seinem Urteil nicht ausdrücklich drin steht, daß er Leberzeugungstäter sei — das ist vor den Juristen etwas anderes als politischer Verbrecher —, sind ihm in Plötzensee diese Vergünstigungen wieder entzogen. Dafür kann er zusehen, wie Klapproth ihrer teilhaft ist. Die Amnestie wirkt sich also hier direkt als Strafverschärfung aus. Das ganze heißt Rechtspflege unter modernen und humanen Gesichtspunkten. Demnächst sollen wir ein Reichsstrafvollzugsgesetz bekommen, und da das neue Strafgesetzbuch dafür sorgen wird, daß noch viel mehr Proletarier als

bisher in die deutschen Zuchthäuser gesetzt werden, so wird hier die Betrachtung der Reparaturwerkstätten für Menschen etwas häufiger vorgenommen werden. Den Staat kennen, stärkt die Neigung, ihn zu zerschlagen.

Aus der Freidenkerbewegung

Wenn in diesen Blättern die Rede ist von Freidenkertum, dann bestimmt nicht von jenem, das seine Zweckbestimmung erschöpft in der Gewinnung neuer, zahlender Vereinsmitglieder, die ihre Sekretäre, die Ableger politischer Parteien, aushalten und zum Entgelt dafür sich im Kampfe gegen religiöse Vorstellungen wichtig tun dürfen, anstatt sich durch eine klare, antiautoritäre Einstellung auf den weit schwereren, auf den allein wesentlichen Kampf um die Beseitigung des Privateigentums vorzubereiten. Nicht berücksichtigen wollen wir auch die Frage, ob eine Freidenkerbewegung an sich neben antiautoritären politischen Organisationen überhaupt Existenzberechtigung hat und uns, statt theoretischen Erwägungen, realen Gegebenheiten und ihrem Zwange zuwenden, auch auf die Gefahr hin, vielleicht als Opportunisten oder Reformisten gekennzeichnet zu werden.

Es handelt sich in Nachfolgendem um ein kleines hessisches Dorf mit 4500 Einwohnern namens Mörfelden, in dem in den Nachkriegsjahren bis jetzt über 1200 Personen der Kirche den Rücken kehrten und sich proletarische Freidenker nennen. Ihrem Einflusse entsprechend zahlt die politische Gemeinde an die Freidenker jährlich eine Summe von 1600 Mk. aus, was ihrer finanziellen Verpflichtung gegenüber der örtlichen Kirche entspricht. Annähernd 200 Kinder erhalten von 4 Lehrkräften Freidenkerunterricht, der nicht mit dem sogenannten Moralunterricht oder dem Unterricht in sittlicher Lebenskunde der weltlichen Schulen zu verwechseln ist, sondern im Gegensatz hierzu sich auf einem eigenen Lehrplan aufbaut. In dessen Mittelpunkt steht die Entwicklungsgeschichte menschlicher Arbeit und Gesellschaft und die sich hieraus ergebenden Forderungen des Klassenkampfes und der Solidarität, deren „Sittlichkeit“ jenseits derjenigen liegt, die ein Unterricht in „sittlicher Lebenskunde“ präsentiert. Zurzeit sind ca. 20 benachbarte Orte mit Freidenkergemeinschaften dieser großen Ortsgruppe angeschlossen, die zusammen eine Gemeinschaft proletarischer Freidenker Hessens und des Wirtschaftsbezirks Frankfurt a. M. bilden, aufgebaut auf föderalistischer Grundlage. Hiernach ist jede einzelne Ortsgruppe selbständig, die Ausführung der Beschlüsse einer sogenannten Landeskonferenz unterliegen lediglich der Ueberwachung durch eine Landesinformationsstelle. Die gemeinsamen Auslagen werden durch Umlagen gedeckt, jede Funktion wird ehrenamtlich ausgeübt.

Ist es da verwunderlich, wenn die Parteien, die ihren Freidenkermitgliedern den Eintritt in den Berliner Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung (V. f. F. u. F.) vorschreiben, die SP., um dort ihre Mehrheit zu stützen, die KP., um zu „revolutionieren“, einmütig ihre Gläubigen in Presse und Rundschreiben vor dem „anarchistischen“ Aufbau unserer Organisation warnen?

Im Mittelpunkte des Kampfes, der sich ganz besonders im vergangenen Jahre abspielte, stand der Freidenkerlehrplan! Von Offenbach, Mainz, Darmstadt und Worms aus stieß, angeführt von ihren Predigern, die „Freie Religion“ vor, protegiert vom V. f. F. u. F. um seiner städtischen, freireli-

giösen Mitgliedschaft wegen, protegiert auch von der hessischen Regierung. Ein freireligiöser Lehrplan sollte das mit viel „schlechthinigem Abhängigkeitsgefühl von etwas Höherem“ durchtränkte Liebesband sein, die Freie Religion und das Freidenkertum zu umschlingen. Dieser wurde selbstverständlich von der Regierung genehmigt und von ihr und dem V.f.F.u.F. der „Mörfelder Richtung“ zur Annahme vorgeschlagen, während unter dem Präsidium eines roten Ulrich dem Freidenkerlehrplan die Genehmigung versagt blieb. Trotzdem wird heute nicht nur in Mörfelden, sondern in neun weiteren Orten des Umkreises danach unterrichtet. Woche um Woche, seit Jahren schon, erteilen Mörfelder Genossen diesen Unterricht in Orten, die erst nach längerer Radtour erreichbar sind, teils als staatlich genehmigten Privatunterricht, oder in der klarsten, aber auch schwierigsten Form der Selbsthilfe, in Erziehungsgemeinschaften. Die Regierung sagt nolens volens: „Probeweise!“

Gegenwärtig führt diese Freidenkergruppe den Kampf gegen ein drohendes Konkordat, indem sie vor allem auf dem Gebiete der Erziehung vorstößt. In der Verteilung von Flugblättern in zahlreichen Orten und Fabriken, in entsprechenden Vorträgen, in Unterschriftensammlungen kommt diese Aktion gegen die Verchristlichung der hessischen Simultanschule, gegen die chauvinistische Verhetzung kindlicher Gehirne teilweise zum Ausdruck. Wichtiger ist, daß der Regierung erklärt wurde, daß unsere Eltern ab Ostern die ihre Weltanschauung verletzenden Lernmittel nicht mehr für ihre Kinder anschaffen werden. In diesem Sinne faßte dieser Tage der Mörfelder Schulvorstand einen Beschluß, der außerdem die Abschaffung des Schulgebotes in Klassen mit Freidenkerkindern und die Entfernung der religiösen und militärischen Bilder aus den Schulräumen vorsieht. — Daß uns in diesem Kampfe auch die Reichsverfassung dieser Republik als Mittel geeignet schien, dürfte kaum als ein Abgleiten auf schiefe Bahn zu bezeichnen sein. Es ging um die Verteidigung unseres proletarischen Nachwuchses vor geistigem Mord!

Ob die Parteistreitigkeiten im Laufe der Zeit auch innerhalb dieser Organisation ausgetragen werden? Zum Nutzen von wenigen „Streb-samen“, zum Schaden der proletarischen Bewegung! Vorderhand gilt es, weiterzuarbeiten in der Weckung und Vertiefung des Klassenbewußtseins, ohne daß sich diese Erziehungsarbeit deckt mit der Einstellung auf „Revolution auf lange Sicht“, hinter der sich das Müdesein der Aelteren und Alten verbirgt. Mancher Genosse, manche Genossin kann uns mit Rat zur Seite stehen, ganz besonders dort, wo es sich um Bücher, um Erzählungen für die Frauen und unsere Kleinsten handelt!

Anfragen beantwortet der Gen. W. Schmidt, Mörfelden, Freiligrathstr. 1.
C. H.

Der Fall Trotzki

Wir Revolutionäre leben in diesen Tagen und Wochen in bewegter Erinnerung an das, was sich vor zehn Jahren begab. Jede Gruppe feiert in Andacht die großen Taten und Versuche, an denen die Ihrigen beteiligt waren, grüßt in Ehrfurcht ihre Toten und bezeugt Achtung auch den Kämpfern benachbarter Gruppen, die reinen revolutionären Willens waren und geblieben sind. So ist es in Deutschland und überall, wo das Proletariat wenigstens den Anlauf nahm, das Unglück des Krieges zum Glück des Volkes zu wenden.

In Rußland hält man es anders. Dort war wirklich Revolution, dort besetzte das arbeitende Volk in der Tat seine Bedrückter, dort wurde der Staat zerstört und Arbeiter und Bauern schufen sich in ihren Räten die Organe freier Selbstbestimmung. Das war freilich nur ein Zustand von kurzer Dauer. Eine der an der Revolution beteiligten Gruppen machte sich zur Herrin über alle anderen und aus der russischen Räterepublik von 1917 wurde ein zentralistischer Staat mit einer diktatorisch haltenden Obrigkeit, die in sich selbst zerrissen und zerspalten ist von fraktionellen und persönlichen Rivalitäten.

Die Zehnjahresfeiern der russischen Revolution werden von oben angeordnet und man widmet das reiche Gepränge von Aufmärschen und Festen nicht so sehr dem, was war, als dem, was ist. Was aber ist, hat mit dem, was war, kaum mehr einige Aehnlichkeit. Das Seltsamste bei diesen Jubiläen ist, daß sie jedesmal verbunden sind mit dem grellen Aufleuchten jener inneren Zwistigkeiten, die längst den Zusammenhalt der herrschenden Partei durch eine verbindende Idee zerstört haben, wie sie zu Anfang die gemeinsame Arbeit aller Revolutionäre an Sozialismus und Freiheit zerschlugen. Die Theorie verlangte damals, daß die Kommunisten, die sich zu einer straff disziplinierten Partei zusammengeschlossen hatten, allein und widerspruchslos bestimmen müßten, was zur Fortführung der Revolution zu geschehen habe, und diese wahnsinnige Theorie vernichtete die lebendige Kraft der Revolution, den freiheitlichen Geist und die tätige Wirksamkeit der zur Gesamtheit vereinten schöpferischen Einzelnen.

Es ist nicht zu leugnen, daß die kommunistische Partei Rußlands, die einer solchen aus der marxistischen Lehre geschöpften Auffassung gewalttätige Geltung verschuf, in Lenin und Trotzki zwei von ungewöhnlicher Tatkraft, Klugheit und organisatorischem Talent bediente Führer besaß, deren Arbeit die Bolschewiki alles, restlos alles, zu danken haben, was ihnen die Revolution an Erfolgen, Macht und Vorteilen eintrug. Während Lenin im wesentlichen die Aufgabe übernahm, die Partei zum bestimmenden Organ der öffentlichen Verwaltung auszubauen und zugleich dem neuartigen Staatsgebilde alle Eigenschaften der Partei mitzuteilen, leistete Trotzki die tatsächliche Organisationsarbeit durch Schaffung des funktionellen Apparates. Er militarisierte die Wirtschaft und faßte die revolutionären Kampftruppen zur Armee zusammen, deren Aufführung, Ausrüstung und Leistungsfähigkeit im Bürgerkriege gegen die weißen Generäle er mit gewaltiger Energie und Zielklarheit betrieb und bewirkte. Ob sein Werk im einzelnen kritisiert werden kann, spielt keine Rolle, er brachte es fertig, in erstaunlich kurzer Zeit aus den abgekämpften und abgerissenen Barfußregimentern kampfrüstige Truppen zu machen und mit ihnen an sechs Fronten gleichzeitig zu siegen. Was er für die Sache getan hat, die er als seine Sache bekannte, ist unermesslich; die russische Revolution dankt ihm viel, die bolschewistische Partei alles.

Wie weit dennoch Trotzki's Sache von der der wahren Revolution für Freiheit und Sozialismus entfernt war, zeigte sich schon, als er den Kampf gegen die rein sowjetistische Bauernrepublik in der Ukraine aufnahm und die Machnoschen Freischaren zur Unterwerfung unter den Oberbefehl der Roten Armee zwingen wollte. Schon hier vertrat er, wie die Bolschewiki allgemein, die Idee des Staates gegen die der Selbstbestimmung der Arbeitenden. Und dann kam 1921 der furchtbare Sündenfall des Bolschewismus, als der Anspruch der Matrosen und Arbeiter von Kronstadt, ihre Rätewahlen nach eigenem Besten statt nach den Wünschen einer staatlichen Obrigkeit durchführen zu dürfen, mit der Gewalt der staatlichen Waffengewalt beantwortet wurde. Da war Leo Trotzki das ausführende Organ des Staates gegen die freien Sowjets, und an seinem Namen klebt seither

der entsetzliche Makel, den revolutionären Willen der Kronstädter Freiheitskämpfer, die die Träger waren der Revolution von 1905, der Märzrevolution 1917 und der Oktoberrevolution, in grauenvollem Massenmord gebrochen zu haben, „Ich werde Euch abschießen lassen, wie die Fasanen!“ war Trotzki's Drohung, und er ließ sie abschießen, wie die Fasanen: über 20 000 brave Revolutionäre fielen dem Gemetzel zum Opfer. Vielleicht wird die Geschichte diese Tat nicht so streng beurteilen, wie wir, die der Forderung der Arbeiter und Matrosen recht geben und das Sowjetsystem nicht parteigefällig verbiegen lassen wollen. Vielleicht wird die spätere Geschichte den subjektiven Glauben Trotzki's mehr als wir es können, würdigen, daß nur durch erbarmungslose Härte auch gegen gute Revolutionäre, die ihm falsche Wege zu gehen schienen, die Revolution, wie er sie sich dachte, zu retten wäre. Aber von einem Vorwurf wird ihm keine Geschichte je freisprechen können, daß er seine Kronstädter Gegner, von denen Lenin sagte: „Reaktionär sind sie nicht, aber sie stehen links von uns!“, — daß er sie nicht nur tötete, sondern auch noch verleumdete. Von der Verleumdung, seine Opfer seien Verbündete der Weißgardisten gewesen, einer Lüge, deren Charakter als Lüge Trotzki genau kannte und kennt, hat er nie ein Wort zurückgenommen. Die Helden und Märtyrer der reinen revolutionären Idee in Rußland, noch heute ruhen sie mit besudeltem Andenken in ihren Gräbern. Das ist der schlimmste Vorwurf, den wir gegen Trotzki zu erheben haben.

Aber es ist, als ob es doch eine Vergeltung gäbe, wie die Antike sie sich vorstellte. Zur Zehnjahresfeier der russischen Revolution warfen die gegenwärtigen Nutznießer der Revolution den Leo Trotzki aus ihrer Partei heraus, ohne den kein Schatten dieser Partei mehr wäre, da ohne ihn kein Stalin je in die Lage hätte kommen können, einen Lenin zu beerben. Und jetzt, zehn Jahre nach der Gründung der kommunistischen Internationale, werfen die Verderber des Landes den Mann, ohne den sie ein stinkender Dreck wären, und den sie schon in die unwirtlichen Wüsteneien Turkestans verstoßen und krank und wrack gemacht hatten, über die Grenze Rußlands, und, ein Bettler und Heimatloser, klopft er an die Tore Deutschlands und bittet um Asyl. Wenn nicht alles trügt, wird die Reichsregierung es ihm verweigern, weil die gesamte Reaktion bei uns auch heute noch zittert, wenn sie diesen Namen hört. Aber das Schicksal, das Trotzki andern bereitet hat, scheint sich ganz an ihm selbst erfüllen zu wollen. Er war von allen Bolschewiken der grimmigste Anarchistenfresser. Er war derjenige der gegen Anarchisten und linke Sozialrevolutionäre die Verschickung nach Sibirien empfohlen und gebilligt hat, die dann ihm selbst zuteil wurde, und die Verleumdungen, die er den Kronstädtern zufügte, er muß sie jetzt von denen hören, denen er erst die Möglichkeit geschaffen hat, sich Kommunisten zu nennen. Wenn es heute die „Rote Fahne“ wagt, den Mann, der dort vergöttert wurde, solange sein Name mit auf der von Moskau befohlenen Liste der zu Vergötternden stand, als Kreatur der Bourgeoisie, als Konterrevolutionär, als eine immer schwankende Gestalt zu beschimpfen, die nur vorübergehend einmal eine Gastrolle in der Revolution spielen durfte, dann wird man natürlich vor den elenden Gesellen verächtlich ausspucken, die je nach Konjunktur kriechen und lästern können, aber man wird Trotzki an Kronstadt erinnern müssen; erkenne jetzt, wie es tut, wenn einem die gute revolutionäre Gesinnung verleumdet wird!

Der Leninbund ruft alle Revolutionäre auf, für Trotzki einzutreten und ihm das Asylrecht zu erkämpfen, das ihm die nationalistische Reaktion im Bunde mit der Kommunistischen Partei streitig macht. Wenn der Leninbund sich entschließen kann, uns zu unterstützen in unseren Bemühungen für die Befreiung, mindestens für die freie Ausreise aus Rußland für

alle gefangenen Revolutionäre, die Anarchisten, Linken SR., Syndikalisten, Maximalisten, kurz alle Oktoberkämpfer, dann werden wir ihn gern unterstützen im Kampf auch für Leo Trotzki und die Trotzkiisten. Wir sind nicht Trotzki's Freunde, so wenig er je unser Freund war; aber er leidet Verfolgung und Unrecht um seines revolutionären Charakters willen, und vielleicht wird ihm das Leid, das er selbst jetzt erdulden muß, das Verständnis wecken für das Leid, das er andere um ihres revolutionären Charakters willen erdulden ließ.

Das Pulverfaß

Es ist nicht ganz einfach, in einer schmalen Monatsschrift Schritt zu halten mit allen Kriegen, Revolutionen, Aufständen, Staatsstreichern und anderen umwälzenden Veränderungen innerhalb der Staaten und in ihren Beziehungen zu einander. Die Tagespresse hat sich längst abgewöhnt, derlei Alltäglichkeiten, deren jede in vergangenen Jahrzehnten die ganze Menschheit monatelang in Atem gehalten hätte, öfter als einmal mit Balkenüberschrift auf der ersten Seite zu bringen. Steigen in Bombay Tausende von Arbeitern gegen Streikbrecher auf die Barrikaden und das britische Militär knallt mit Maschinengewehren dazwischen, so ist das zwar ein zuverlässiges Signal, daß alle imperialistische Kolonialmacht in den Fugen kracht; aber wer soll lange auf solche Signale horchen, die einander von allen Enden des Erdballs her dauernd überkreischen? Die serbische Königsdiktatur ist in den paar Wochen, seit sie verhängt wurde und seit sie Widerspenstige hängt, längst vergessen, und was sonst noch auf dem Balkan vorgeht, weiß kein Mensch. Nur wir, die wir uns mit den proletarischen Opfern der unterschiedlichen Satrapen der europäischen Spekulantengruppen verbunden wissen, können gewisse politische Rückschlüsse ziehen auf die Verhältnisse in Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland usw. (man wird kulturell ja auch Ungarn, Polen und Litauen in diese Ländergruppe mit einbeziehen müssen, — von Italien gar nicht zu reden), da wir Woche für Woche, fast Tag für Tag von neuen Greueln der Verwaltungs- und Justizinstrumente der faschistischen Gewalthaber erfahren, von Verfolgungen, Verhaftungen, Deportierungen, Prozessen, Folterungen und Geständnispressungen, Vertreibungen und gesetzlichen wie ungesetzlichen Ermordungen. Die Hungerstreiks der politischen Gefangenen in den Kerkern Rumäniens und Bulgariens reden eine deutlichere Sprache als selbst die ständigen Berichte, die dem täglich erscheinenden Pressodienst der Roten Hilfe und der französischen und deutsch sowie in sämtlichen Balkansprachen halbmonatlich herausgegebenen sehr wertvollen „Balkan-Föderation“ (Wien XVI., Grundsteingasse 41) zu entnehmen sind. Aber das alles interessiert das liebe Publikum nicht. Das will von Sensationen hören und photographische Aufnahmen davon sehen. Brandstätten, entgleiste Eisenbahnzüge, Presse- und sonstige Ge-

sindebälle, Empfänge bei Hindenburg und Diners bei Krestinski (7 Gänge, die die Vertreter der faschistischen Staaten und des Industrie- und Bankkapitals auf Silberplatten mit eingraviertem Hammer und Sichel serviert kriegen; nach dem Sekt bei Mokka, Wodka und Havanna Chorgesang: Wir Männer in der Bluse), ferner Moskauer Schlangen vor den Bäckereien, entwaffnete spanische Artillerieoffiziere, und die Herren Hjalmar Schacht und Pierpont Morgan, bei Hummermajonnaise den Tribut für das deutsche Proletariat an die amerikanische Hochfinanz berechnend, nehmen sich besser aus, als weinende Frauen und Kinder, deren Ernährer hinten weit in der Türkei oder auch in Berlin gleich um die Ecke in den Schlingen der politischen Verfolgung oder in den Tuberkelhöhlen der rationalisierten Produktion verunglückt sind. Die Winterskälte wird in graphischen Tabellen und im Eishockeysport vorgeführt; in den Lauben erfrorene Proletarier und auch Listen über die Wechselwirkung von anhaltendem Frost und Preistreiberei auf dem Kohlen-, Kartoffel- und Gemüsemarkt sind nicht so beliebt. Aber daß die Sozialdemokraten ihren Parteitag verschieben, weil sie in Magdeburg Hochwasser befürchten — in ihren Hosen haben sie es schon —, das ist mal interessant und was Hermann Müller noch alles unternehmen wird, um Deutsche Volkspartei und Zentrum zum Mitregieren in Preußen und im Reich zu bewegen und ob Hindenburg dem Seldte den Stahlhelmhaß gegen die Republik, die er präsidiert, schon übelzunehmen anfängt.

Die Arbeiter — es hat keinen Zweck, dauernd vor ihrer Aufgeklärtheit und Klassenbewußtheit in Ehrfurcht zu vergehen — merken genau so wenig davon, daß sie auf einem zum Platzen reifen Pulverfaß sitzen wie die Amüsierbürger der Republik. Daß die Pariser Konferenz hundert neue Kriegsgefahren in sich schließt, wollen sie nicht sehen, obwohl die Siegerivalität in den Rüstungen Amerikas gegen England und umgekehrt deutlich genug sichtbar ist. Daß sie, was bei dem verruchten Schacher auch herauskommen mag, der Teil sein werden, dem das Fell über die Ohren gezogen wird, ist ihnen lange nicht so wichtig wie die gelehrte Form, in der ihr Vorwärts sie von den Unterhandlungen unterrichtet. Da lesen die Arbeiter dieses: „Die Vorschläge der Unterkommission zielen im wesentlichen auf eine Zweiteilung der deutschen Annuität ab. Für den einen Teil, dessen Höhe noch zu bestimmen ist, soll der Transferschutz aufgehoben und damit die Vorbedingungen für eine Kommerzialisierung geschaffen werden.“ Dieses blödsinnige Bankschaltergewäsch, mit dem außer Fachleuten niemand irgend eine klare Vorstellung verbinden kann, wird vor die Arbeiter mit derselben Breitspurigkeit hingewälzt, mit der man sie regelmäßig über ihre trübe Lage hinwegtäuscht. Es ist Spekulation auf die Unbildung derer, die die herrschende Klasse geflissentlich von den Quellen des Bildungswesens fernhält, wenn man ihnen wissenschaftlich kommt, und es ist unendlich traurig, daß die Arbeiter jedes Mal auf diese üble Spekulation hereinfliegen. Dadurch, daß man im Proletariat die Einbildung geweckt hat, es könne durch „dialektisches“ Denken begreifen, daß der „historische Materialismus“ den

Menschen zum „Produkt der Verhältnisse“ mache, hat man alle handelnde Tatkraft in ihm lahmgelegt.

Rechnet lieber vor, wie die Arbeiterschaft in Deutschland seit Inkrafttreten des Versailler, des Londoner, des Dawes-Vertrages geschröpft worden ist; dann wird sie ohne wissenschaftliches Phrasengeklingel erkennen, was sie von der Pariser Bankierschwörung zu erwarten hat. Zeigt ihr, was bei uns, was in Polen und Frankreich, Italien und Amerika an Rüstung getrieben wird, dann wird sie selber den Schluß ziehen, daß Krieg in der Luft ist. Verweist sie auf die Treibereien des Stahlhelms, der Nationalsozialisten, der Hugenbergbande und der Justiz, dann wird sie wissen, wieviel die Stunde geschlagen hat. In China knallt es schon wieder, in Spanien gärt und rumort es bald unter der Oberfläche, bald heult es ums Dach des Diktators. Ueberall knurren die Magen der Armen, ballen sich Fäuste, drohen die Augen, und die Hüter des alten Drills laden die Flinten und panzern ihre armseligen Grenzplanken, damit nicht das eigene Pulverfaß in die Luft fliege, sondern das des Nachbarn. Aber eins wird das andere mit ins Verderben reißen. Möge das deutsche Proletariat endlich aufwachen. Schläft es weiter, so wird der Faschismus oder der Krieg sein Erwecker werden und der Weg, den es zu gehen hat, um die berstende Welt des Kapitalismus zu besiegen und seine eigene Welt der Freiheit aufzurichten, wird durch weitere Jahre oder Jahrzehnte von Blut und Verzweiflung führen.

Von Eisner bis Leviné (Vorabdruck)

Nach den Wahlen, die für Eisners Partei eine katastrophale Niederlage, für die „Auerochsen“ (so nannte ich die Mehrheitssozialdemokraten gern in Versammlungen) einen triumphalen Erfolg brachten, verschärfte sich die revolutionäre Gärung in den Massen gewaltig. Zwei Ereignisse trieben die Spannung auf die Spitze. Roßhaupter übertrug den Offizieren des alten Regimes wieder Rechte, die ihnen die Soldatenräte einfach auslieferten und kündigte überdies an, daß er die Soldatenräte überhaupt aufzulösen gedenke, da sie angesichts der bevorstehenden Liquidierung der gesamten Heeresmacht überflüssig geworden seien. Eigenartigerweise fand der Militärminister bei diesem reaktionären Walten den stärksten Halt beim Landessoldatenrat selbst. Als Anfang Februar der radikale Teil des Münchener Arbeiterrats eine Deputation in die Tagung des Landessoldatenrats entsandte und durch mich die Absetzung Roßhaupters verlangte, wurden wir von dieser Korporation glatt abgewiesen. In den Kasernen jedoch und der Arbeiterschaft war die Spannung dieses Anschlags auf die Revolution wegen ungeheuer.

Das andere Ereignis war die Folge einer Rede, die Genosse Levien, den wir inzwischen ebenfalls in den RAR. kooptiert hatten, im Münchener Arbeiterrat gehalten hatte. Er hatte dabei zum entscheidenden Kampf gegen die Bourgeoisie aufgerufen, der „Auge in Auge, Brust an Brust“ geführt werden müsse. Die Wirkung war seine Verhaftung auf Grund des Aufreizungsparagraphen des alten Strafgesetzbuches. Der RAR. veranlaßte eine besondere Sitzung des Münchener Arbeiterrats, der einstimmig beschloß, die Freilassung Leviens energisch zu fordern. Eine Deputation, die sofort zum Staatsanwalt geschickt wurde, kam unverrichteter Dinge zurück, da der Herr grade im Kino sei. Darauf wurde eine Deputation aus 3 Mitgliedern des RAR. gewählt, die am Tage darauf beim Justizminister Timm vorstellig wurde und mit Massenkundgebungen drohen sollte (die Deputation bestand aus den Genossen Landauer und Hagemeister und mir). Herr Timm verschanzte sich hinter seinen Staatsanwalt, der sein Untergebener war und gab keine Zusage, entließ aber am Nachmittage desselben Tages trotzdem Levien aus der Haft, da er einsehen mußte, daß die Folgen seiner Weigerung für ihn und das ganze Kabinett Eisner bedrohlich werden mußten.

Dies war am 9. Februar, einem denkwürdigen Tage der bayerischen Revolution. Für den Abend war wieder der Münchener Arbeiterrat im Deutschen Theater zusammenberufen. Am Nachmittage vorher beriet in den Räumen des Reichsrats im Landtagsgebäude der RAR. die Lage und beschloß, den Münchener Arbeiterrat zur Veranstaltung einer Riesendemonstration aufzufordern. Während dieser Verhandlungen betrat Genosse Levien, direkt vom Gefängnis kommend, das Sitzungszimmer. Es wurde jetzt auf Landauers Anregung hin beschlossen, daß wir in geschlossenem Zuge mit der roten Fahne zum Deutschen Theater marschieren und in den Saal, wo der Münchener Arbeiterrat versammelt war, einziehen sollten. Das geschah. Wegen der Bedeutung der Sitzung — handelte es sich doch um die Verteidigung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung — waren die Vertrauensleute der Münchener Betriebe eingeladen worden, der Sitzung des Arbeiterrats beizuwohnen. Sie füllten die Tribünen des Erdgeschosses und des ersten Stockwerks, während die Gallerie im zweiten Stock dicht besetzt war von Kommunisten. Als der „Revolutionäre Arbeiterrat“, Levien unter der roten Fahne an der Spitze, in geschlossenem Zuge in den Saal einrückte, brach auf den Tribünen frenetischer Jubel los. Die Sitzung selbst verlief äußerst dramatisch. Levien hielt eine zündende Rede, in der er betonte, daß man ihn zwar aus Angst vor der Wut des Proletariats jetzt freigelassen habe, daß aber das Strafverfahren gegen ihn weitergeführt werde. Währenddem zeigten mir zwei Genossen Vorladungen vor den Untersuchungsrichter als Zeu-

gen in einer Strafsache gegen mich, aus denen hervorging, daß die Regierung jetzt nach zwei Monaten noch wegen der Besetzung der Zeitungen am 6. Dezember einen Landfriedensbruchs-Prozeß inszenieren wollte. Ich teilte das der Versammlung mit, und nun wurde stürmisch eine Demonstration verlangt, die die Zusicherung von der Regierung erzwingen sollte, die alten politischen Strafbestimmungen unter keinen Umständen gegen Revolutionäre anzuwenden. Die Debatte über die Demonstration verlief sehr erregt, und als wir Radikalen verlangten, daß zugleich die Abdankung Auers, Timms und Roßhaupters sowie die Nichteinberufung der Nationalversammlung verlangt werden sollte, entstand ein Tumult, bei dem die Sozialdemokraten, die die große Mehrheit des Münchener Arbeiterrats bildeten, unter Protest den Saal verließen. In diesem Moment sprang Landauer auf den Vorstandstisch und forderte die Vertrauensleute der Betriebe auf, als die wahren Vertreter des Proletariats sogleich die freigewordenen Sitze einzunehmen. Unter dem brausenden Beifall der Tribünen und während ich am Rednerpult die rote Fahne schwenkte, vollzog sich die Umgruppierung. Darauf wurde der einmütige Beschluß gefaßt, die Demonstration am 16. Februar stattfinden zu lassen. Sie sollte als positive Forderung die Nichtanwendung der politischen Paragraphen durchsetzen und im übrigen die revolutionäre Entschlossenheit des Proletariats der Regierung und dem ganzen Volk vor Augen führen.

Ein Hilferuf aus Bulgarien

Nach Schluß der Redaktion ging dem FANAL folgender Hilferuf zu, der wichtig genug scheint, ihn noch nachträglich einzuschalten, obwohl schon in dem Artikel „Das Pulverfaß“ auf die Balkangreuel hingewiesen ist.

An alle Anarchisten! An alle Arbeiter! An alle fühlenden Menschen!

Wir wenden uns wieder einmal an Euch mit der Bitte, mit aller Kraft gegen die Barbareien der faschistischen Regierung des Herrn Liaptscheff gegen die politischen Gefangenen in den bulgarischen Gefängnissen zu protestieren. Während sich Herr Liaptscheff vor der europäischen Oeffentlichkeit als Demokrat brüstet, unterdrücken seine Knechte, die Richter und Polizisten, mit allen Mitteln die Volksstimme, die eine allgemeine Amnestie verlangt. Wir erhalten aus den bulgarischen Gefängnissen ganz unglaubliche Nachrichten. Damit Ihr Euch von der Lage unserer Kameraden und der übrigen politischen Gefangenen in den Kerkern des Herrn Liaptscheff ein Bild machen könnt, lassen wir die Uebersetzung eines Briefes der politischen Gefangenen im Bezirksgefängnis Sliven folgen (Sliven gilt als das bulgarische Manchester).

Am 8. Januar 1929 beschlossen wir, sämtliche politischen Gefangenen des Bezirksgefängnisses Sliven in Südbulgarien, in den Hungerstreik zu treten, um die öffentliche Stimmung für die allgemeine Amnestie aller politischen Gefangenen und Flüchtlinge zu gewinnen. Außerdem wurden der Gefängnisdirektion über 100 Eingaben vorgelegt, in denen die Gründe des Protestes mitgeteilt wurden. Die faschistische Reaktion beeilte sich aber, ihren Sadismus zu beweisen. So holte einer ihrer Bluthunde, der berüchtigte Staatsanwalt des Bezirksgefängnisses, die Hälfte der das Gefängnis bewachenden Soldaten zusammen, befahl allen politischen Gefangenen sich in Reih und Glied zu zweit aufzustellen und sagte zu uns: Wer an den Wirkungen der Foltern, die ich anwenden werde, sterben will, kann die Nahrung verweigern! — Da wir aber fest entschlossen waren, den Hungerstreik durchzuführen, griff der Staatsanwalt zu scharfen Maßnahmen: ein Teil der unglücklichen Opfer wurde zu Tode gefoltert, die anderen wurden in den Gefängnisarzer gebracht. In diesem Karzer waren wir 17 Genossen eingesperrt und zwar 5 je 7 Tage, 11 je 15 Tage und einer 20 Tage lang. Ferner wurden 8 Genossinnen in den Karzer geworfen. Alle saßen in Einzelzellen, der Spaziergang im Hof wurde entzogen und man verhinderte sogar die Befriedigung der natürlichen Bedürfnisse. Dazu und um die Zelle etwas zu säubern, bewilligte man binnen 24 Stunden ganze 10 Minuten. Die 4 Opfer, die im Jahre 1927 im selben Gefängnis gestorben sind, scheinen noch nicht zu genügen. Es ist Pflicht aller Arbeiter Bulgariens und des Auslandes, ihre Stimmen zu erheben und die im Karzer eingesperrten politischen Gefangenen vor dem unvermeidlichen Tod zu retten.

7. Februar 1929.

Die politischen Gefangenen des Bezirksgefängnisses von Sliven.“

Das Hilfskomitee für die verfolgten Anarchisten in Bulgarien wendet sich auch seinerseits an alle anarchistischen Arbeiterorganisationen und an alle fühlenden Menschen, sie möchten bei den Vertretern der bulgarischen Regierung in ihrem Lande protestieren und die unverzügliche Aufhebung der Folterungen der politischen Gefangenen und ihre vollständige Befreiung verlangen.

Paris, den 17. Februar 1929.

Das Hilfskomitee für die verfolgten Anarchisten in Bulgarien.

Halbjahresabonnenten!

Mit diesem Heft schließt die erste Hälfte des Jahrganges II des FANAL ab. Es wird gebeten, das fällige Halbjahresabonnement möglichst bald zu erneuern. Zahlkarte liegt bei.

Geschäftsstelle des FANAL

**Berlin-Britz, Dörehlächtingstrasse 48
Postscheck: Berlin 82419**

**Zum 10jährigen Gedenktag
der bayerischen Räterepublik
am 6.-7. April 1919**

**VON
EISNER
BIS
LEVINE**

**Persönlicher Rechenschaftsbericht über die Revolutions-
Ereignisse in München vom 7. November 1918 bis zum
13. April 1919 von Erich Mühsam. Geschrieben im
Festungsgefängnis zu Ansbach im September 1920.**

Die Entstehungsgeschichte der bayerischen Räterepublik wird hier von einem unmittelbar Beteiligten zum ersten Mal frei von parteimäßiger Beschönigung und Entstellung geschildert. Die Schrift, die von der Festungszensur beschlagnahmt war, ist erst jetzt wieder in die Hände des Verfassers gelangt. Sie enthält umfangreiches und bis jetzt in der Öffentlichkeit völlig unbekanntes Material. Erich Mühsam widmet sie dem Gedächtnis seines Freundes und Mitkämpfers Gustav Landauer.

**FANAL-Verlag Erich Mühsam
Berlin-Britz**

Der Preis der ca. 60 Seiten starken Broschüre, die Ende dieses Monats erscheint, beträgt 90 Pfg. Von 5 St. an 60 Pf. Vorausbestellungen nimmt die Geschäftsstelle des FANAL, sowie jede Buchhandlung entgegen.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft

jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Gäste willkommen!



Die einzelnen Vorträge werden im Mitteilungsblatt der Arbeits-
börse Groß-Berlin (Anarcho-Syndikalisten) bekanntgegeben.



Anarchistische Vereinigung
Anschrift: Gustav Lübeck, Neukölln, Ziethenstraße 10^{IV}.

Gilde freierlicher Bücherfreunde

RUDOLF ROCKER

spricht an folgenden Freitagen:

- 8. März: „Kunst und Revolution“
- 15. März: „Ed. Douwes Dekker (Multatuli),
Dichter der Freiheit, ein Kämpfer
gegen Sklaverei und Autorität“
- 22. März: „Mark Twain als Humorist und
Philosoph“
- 5. April: „Octave Mirbeau, der Dichter und
Mann“

Einlaß 7 Uhr.

Beginn 8 Uhr.

Die Vorträge finden wieder in der Aula der
Friedrich-Werderschen-Oberrealschule, Wein-
meisterstr. 15. statt.

Eintrittspreise: Einzelvortrag 0,60 M.,
Serienkarten 2.— M.; für Mitglieder der GfB. und
der FAUD. 0,40 M. bzw. 1,50 M. Erwerbslose
zahlen gegen Ausweis 0,20 M.